

Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur

Veranstalter: Matthias Frese / Katharina Stütz, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte; LWL-Literaturkommission für Westfalen; Westfälischer Heimatbund

Datum, Ort: 12.07.2011, Münster

Bericht von: Katharina Stütz, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte

Ehren oder nicht ehren? Erinnern oder vom Straßenschild entfernen? Diese Fragen scheinen derzeit in vielen Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens zentraler Bestandteil der Debatten um die Umbenennung von Straßen zu sein, die den Namen von „belasteten“ historischen Akteuren tragen. Es geht um Personen, deren Leben und Wirken – nach aktuellem Stand der historischen Forschung – diskussionswürdige Schnittmengen mit der Ideologie und Politik des Nationalsozialismus aufweisen.

Die öffentliche Tagung „Fragwürdige Ehrungen!? - Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur“, die am 12. Juli 2011 in Münster stattfand, wurde von Matthias Frese und Katharina Stütz (beide LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte) konzipiert und organisiert und vom LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte gemeinsam mit der LWL-Literaturkommission für Westfalen sowie dem Westfälischen Heimatbund ausgerichtet.

Im ersten Teil der Tagung ging es darum, die Benennungspraxis von Straßen in Westfalen und Lippe seit dem 19. Jahrhundert nachzuvollziehen und speziell Umbenennungen während der NS-Zeit und nach 1945 zu thematisieren; im zweiten Teil wurden ausgewählte ‚Grenzfälle‘ zur Diskussion gestellt, also die Biografie von Namensgebern, deren Leben und Wirken heute kontrovers beurteilt wird. Die Tagung zielte primär darauf ab, die bisweilen sehr emotional geführte Debatte um die Umbenennung von Straßen zu versachlichen. Auf Grundlage der Vermittlung von historischem Faktenwissen sollte zudem eine größere Sensibilität im Umgang mit den einzelnen Personennamen für zukünftig zu erwartende Debatten geweckt werden.

Die erste Sektion der Tagung wurde von RAINER PÖPPINGHEGE (Paderborn) eröffnet, der seinen Ausführungen die Grundannahme voranstellte, dass Straßenbenennungen immer auf den Zeitpunkt ihrer Entstehung schließen und mehrere Etappen in der Erinnerungskultur einer Gesellschaft sichtbar werden ließen. Er arbeitete heraus, dass Straßennamen in der Frühen Neuzeit vorrangig eine Orientierungsfunktion besaßen, die dann seit dem späten 18. bzw. frühen 19. Jahrhundert von einer Erinnerungs- und Repräsentativfunktion überlagert wurde, die im Wesentlichen der Legitimation politischer Systeme diene. Zudem machte Pöppinghege darauf aufmerksam, dass Straßenbenennungen Ehrungen darstellten und keine Mahnmale seien. Und schließlich vertrat er den Standpunkt, dass Straßennamen kein Spiegel der Geschichte seien, da sie selektiv seien und von denjenigen Bevölkerungsgruppen ausgewählt würden, die für einen bestimmten Zeitraum das Deutungs- und Meinungsmonopol besitzen. Abschließend arbeitete er zwölf „Benennungskonjunkturen“ heraus: So waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter anderem dynastische Namen überdurchschnittlich präsent, wohingegen in den 1950er-Jahren NS-Opfer und Heimatdichter und in den 1980er-Jahren lokale Frauenpersönlichkeiten vermehrt durch Straßenbenennungen geehrt wurden.

In seinen Ausführungen zu Straßenumbenennungen in Westfalen und Lippe im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit stützte sich MARCUS WEIDNER (Münster) unter anderem auf Ergebnisse einer schriftlichen Umfrage, die er im Vorfeld der Tagung bei allen Gemeinde- und Stadtarchiven in Westfalen durchgeführt hatte und deren Ergebnisse in ein Datenbankprojekt zu „NS-Straßennamen“ einfließen sollen. Er hob hervor, dass während der NS-Zeit eine Politisierung des Straßenbenennungsverfahrens erfolgt sei. Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus wurden im Straßenraum präsenter, wohingegen man gleichzeitig bemüht war, alles das zu verbannen, was regimekritisch war oder an die Weimarer Republik erinnerte bzw. anknüpfte („negative Benennungspraxis“). Diese Praxis sollte unmittelbar nach 1933 dazu dienen, kollektive Identität zu stif-

ten, und gleichzeitig eine Abgrenzung bzw. einen Bruch mit vergangenen Ehrungsbezeugungen und – damit einhergehend – Erinnerungskulturen herbeiführen. Erste Tendenzen, die sich auf Grundlage der neu gewonnenen Daten für die Benennungspraxis im Nationalsozialismus abzeichnen, sind demnach die Benennungen 1) nach Führungspersonen des NS-Regimes, 2) nach militärischen Führungskräften sowie 3) nach Gebieten, zu denen vor allem jene gehörten, die Deutschland infolge des Versailler Vertrages abtreten musste. Für die Zeit nach 1945 stellte Weidner zwei Phasen der Straßenbenennungspraxis fest: zum einen das unmittelbare Kriegsende 1945, zum anderen die Konsolidierung zwischen 1946 und 1949. Weidner konstatierte, dass die Straßenumbenennungen auf kommunaler Ebene im Rahmen demokratischer Verfahren verhandelt wurden und dass die Entscheidung, wer auf das Straßenschild durfte und wer nicht, letztlich von den politischen Mehrheitsverhältnissen abhängig war. Schließlich plädierte Weidner für eine umfassendere Untersuchung der jeweiligen lokalen Hintergründe von Straßen(um)benennungen, da auf dieser Ebene bisher wenige Studien vorlägen.

In der zweiten Sektion der Tagung wurden verstärkt Akteure aus dem Bereich der westfälischen Literatur und der westfälischen Heimatbewegung vorgestellt, deren Leben und Wirken aufgrund der aktuellen Forschungen kontrovers beurteilt werden. Sowohl WALTER GÖDDEN (Münster/Paderborn) als auch KARL DITT (Münster) machten deutlich, wie eng die Bereiche westfälische Literatur, Heimatbewegung und NS-Ideologie miteinander verknüpft waren und sich gegenseitig bedingten.

Gödden stellte seinem Vortrag einige Kennzahlen voran, die er im Rahmen einer im Vorfeld der Tagung durchgeführten quantifizierenden Analyse belasteter Straßennamen bereits gewonnen hatte. Auf dieser Grundlage ließ sich feststellen, dass sich unter den über 2.100 westfälischen Autor/innen, die in dem von ihm herausgegeben Westfälischen Autorenlexikon erfasst sind, rund 60 Schriftsteller/innen befinden, die sich in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt haben. Ein Drittel dieser Autoren/innen wiederum sind

auch heute noch in Westfalen und vereinzelt überregional auf Straßenschildern vertreten. Aus der inhaltlichen Analyse seiner statistischen Befunde in Bezug auf die Häufigkeit von Namensnennungen auf Straßenschildern leitete Gödden insgesamt zehn Kategorien ab. Hieraus geht hervor, dass ‚Autor/innen der Heimatbewegung‘ eindeutig im Vordergrund der Benennungen von Straßen, Plätzen, Schulen etc. stehen.

Trotz der von ihm vorgenommenen Kategorienbildung plädierte Gödden dafür, alle genannten Schriftsteller/innen für sich allein zu betrachten und zu bewerten. Hinsichtlich der weiteren Diskussion um die von ihm vorgestellten westfälischen Schriftsteller regte Gödden die Erstellung eines „objektivierbaren Kriterienkatalogs“ an. Dieser könne sich beispielsweise an der Mitgliedschaft und leitenden Funktionen in NS-Organisationen und/oder Schriftstellerverbänden, der aktiven Verbreitung von NS-Gedankengut und der Parteimitgliedschaft vor oder nach 1933 orientieren; diese Kriterien eigneten sich dann zukünftig als Grundlage für Diskussionen über die Umbenennung von Straßen.

Karl Ditt (Münster) stellte daran anschließend den wohl prominentesten Repräsentanten aus dem Kreis der westfälischen Heimatbewegung vor. Er thematisierte das Denken und Wirken von Karl Wagenfeld in der Interaktion zwischen Heimatdichtung/-bewegung und nationalsozialistischer Ideologie und warf die Frage auf, ob man Wagenfeld aus historischer Perspektive als Wegbereiter und Propagandist des Nationalsozialismus bezeichnen könne. Bereits während des Kaiserreichs und der Weimarer Republik propagierte Wagenfeld eine (westfälische) Volkskultur auf religiöser Grundlage, schlug eine Siedlungsbewegung gen Osten (Stichwort: „Schollenverbundenheit“) vor und plädierte für die Einhaltung eugenischer Regeln zum Schutz des „Stammes- und Blutes der Väter“ gegenüber „Fremdrassigen“. Dass Wagenfelds völkisch-konservatives Weltbild schließlich hohe Anschlussfähigkeit an die NS-Ideologie in sich barg, zeigte sich nach Ditt darin, dass Wagenfeld im April 1933 in die NSDAP eintrat und sich selbst als Vorläufer der Nationalsozialisten verstand. Überdies bemühte sich Wagenfeld um ein partner-

schaftliches Bündnis zwischen der Heimatbewegung und dem Nationalsozialismus, was sich beispielsweise deutlich am Motto „Heimat und Reich“ des Westfalentages von 1933 ablesen lasse. In seiner abschließenden Beurteilung der Person Wagenfeld hob Ditt hervor, dass dessen Weltanschauung mehr Anknüpfungspunkte als Unterschiede zur NS-Ideologie aufweise. Trotzdem sprach sich Ditt dafür aus, Wagenfeld auch weiterhin auf den Straßenschildern zu belassen und diese lediglich durch einen Index zu ergänzen. In der anschließenden Diskussion wurden aber eindeutiger Kriterien zur Klärung der Frage gefordert, wann eine Umbenennung unumgänglich sei.

Im Anschluss stellte STEFFEN STADTHAUS (Münster) mit Agnes Miegel und Friedrich Castelle zwei Schriftsteller und deren Wirken während des Nationalsozialismus vor und beleuchtete den vergangenheitspolitischen Umgang mit diesen beiden westfälischen Heimatautoren nach 1945. Stadthaus machte gleich zu Beginn seines Vortrages deutlich, dass Miegels Engagement im „Dritten Reich“ unumstritten sei und sie heute innerhalb der Literaturwissenschaft als nationalsozialistisch-belastete Autorin angesehen werde. Vor diesem Hintergrund führte er aus, dass ihre literarischen Werke während des Nationalsozialismus eine zunehmende Nationalisierung erfahren hätten und die inhaltliche Ausgestaltung ihrer Hauptmotive Heimat, Krieg, Gemeinschaft und Opferbereitschaft zunehmend Überschneidungen mit der NS-Ideologie aufwiesen. Bereits 1933 legte Miegel zusammen mit anderen deutschen Schriftstellern ein „Gelöbnis treuester Gefolgschaft“ für Adolf Hitler ab. Umgekehrt wurde sie von den Nationalsozialisten 1944 als „gottbegnadete Dichterin“ hochverehrt. Stadthaus wies darauf hin, dass es in den 1950er-Jahren keine öffentliche Auseinandersetzung mit der Rolle Miegels im Nationalsozialismus gegeben habe. Er erklärte diese unkritische Haltung mit der Vergangenheitspolitik der noch jungen Bundesrepublik, die im Wesentlichen durch Schuldverdrängung gekennzeichnet gewesen sei.

Demgegenüber ging die Haltung des vor allem im Münsterland bekannten Friedrich Castelle (1879-1954) zum Nationalsozialismus

über die bloße Verehrung der Person Adolf Hitlers und schriftstellerische Verbreitung der NS-Ideologie eindeutig hinaus, da Castelle als Obmann der NS-Kulturgemeinde des Kreises Burgsteinfurt oder in seiner Funktion als führender Mitarbeiter der Reichsschrifttumskammer die NS-Kulturpolitik aktiv mitgestaltet habe. Bereits in den späten 1920er-Jahren war Castelle Herausgeber der Monatschrift „Der Türmer“, die nationalistisch-völkisches Gedankengut propagierte. Gemeinsam mit Karl Wagenfeld gab er zudem die Westfälische Landeszeitung „Rote Erde“ heraus, die sich thematisch im Dunstkreis der zeitgenössischen Diskurse um Eugenik, Rassismus und Modernisierungsbewegte bewegte. Eindeutiger noch als im Fall von Agnes Miegel plädierte Stadthaus gegen eine weitere Ehrung Friedrich Castelles auf Straßenschildern und stellte abschließend heraus, dass es würdigere Vertreter der Literatur gebe als die beiden vorgestellten westfälischen Schriftsteller, die sich vom NS-Regime vereinnahmen ließen, sich aktiv im kulturpolitischen Bereich engagierten und sich vor allem nach 1945 nicht von ihrer NS-Haltung distanzieren. Im Anschluss an den Vortrag wurde angemerkt, dass Castelle im „Dritten Reich“ zum Leiter eines Senders aufgestiegen sei und sich damit zur Förderung seiner Karriere ganz bewusst in den Dienst der NS-Propaganda gestellt habe.

Im letzten Vortrag der Tagung referierte HANS-ULRICH THAMER (Münster) über die neueren historischen Erkenntnisse zur politischen Biographie Paul von Hindenburgs und ging der Frage nach, welche Stationen und Motive die Ehrung seiner Person im Hinblick auf Straßenenennungen seit fast hundert Jahren bestimmt haben. Thamer betonte, dass die Geschichte von Ehrungen, aber auch Aberkennungen von Namen auf Straßenschildern, die Brüche und Ambivalenzen im Zeitalter der Extreme und der Nachkriegszeit widerspiegeln. Die Widersprüche und Kontroversen um Hindenburg seien Ausdruck des öffentlichen Umgangs der Nachkriegsgesellschaft mit Zeugnissen und Symbolen von Militarismus und Diktatur. Zudem machte Thamer in Anlehnung an die vorangegangene Diskussion deutlich, dass er die Grundlage für die Beurteilung eines historischen Akteurs

in der Untersuchung der politischen Praxis und weniger in der Analyse programmatischer Äußerungen dieser Person sehe. Bezogen auf Hindenburg stand für ihn außer Frage, dass die Machtübertragung an Adolf Hitler Zeugnis eines zielgerichteten politischen Handelns war, das maßgeblich zur Etablierung und Stabilisierung des NS-Regimes beitrug. Spätestens nach 1929/30 wirkte Hindenburg aktiv an der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung zum Zweck der Errichtung einer ‚Nationalen Einheit‘ bzw. ‚Volksgemeinschaft‘ mit. Als sich herausstellte, dass dieses Ziel nicht mehr ohne die Unterstützung der nationalsozialistischen Kräfte realisierbar war, sah er seit Ende 1932 die letzte Chance in der Kanzlerschaft Hitlers.

Im zweiten Teil seines Vortrags, der sich auf die Person Hindenburgs in der Erinnerungspolitik der Bundesrepublik konzentrierte, wies Thamer darauf hin, dass der 1934 verstorbene Reichspräsident Hindenburg noch mit ca. 400 Namensgebungen im öffentlichen Raum präsent sei. Eine erste Welle von Umbenennungen habe es in der unmittelbaren Nachkriegszeit gegeben. Eine zweite Welle von Forderungen nach Umbenennung erfolgte als Echo auf die ‚unruhigen‘ 1960er-Jahre – jedoch ohne nennenswerte Erfolge. Am Beispiel der Stadt Münster machte Thamer deutlich, dass seit Ende der 1980er-Jahre die Debatte um die Umbenennung des Hindenburgplatzes „alle Jahre wieder“ auf die politische Agenda gesetzt werde. Er wertete dies sowohl als Zeugnis einer demokratischen Diskussionskultur als auch als sichtbaren Prozess einer permanenten Neuverhandlung der offiziellen Erinnerungskultur. Thamer hob zudem hervor, dass im Rahmen einer öffentlichen Diskussion um Straßennamen transparent gemacht werden sollte, welche Motive für die Benennung und Umbenennung maßgeblich waren. Abschließend gab er zu bedenken, dass Hindenburg selbst jeder Form des politischen Pluralismus ablehnend gegenübergestanden bzw. diesem aktiv entgegen gewirkt habe. Argumente für ein Festhalten an Hindenburg als Namenspatron gebe es nicht.

Insgesamt hat die Tagung eine offene, sachlich-argumentative Diskussion über die

fragwürdigen Ehrungen einiger westfälischer „Protagonisten“ ermöglicht, die ‚vor Ort‘ fortgesetzt werden sollte. Der Fokus hätte noch stärker auf der Herausarbeitung von Kriterien für die Bewertung von und im Umgang mit sogenannten ‚Grenzfällen‘ liegen können. Die zentrale Frage, ob man – vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstandes zu den genannten Personen – deren Ehrung gegenwärtig noch erinnerungspolitisch legitimieren kann, sollte in diesem Kontext ebenfalls weiter in den Vordergrund gerückt werden. Man hätte zudem die Grenze zwischen historischer Forschung und politischer Entscheidung klarer ziehen müssen. In diesem Sinne kann und darf es nicht als primäre Aufgabe der Historiker angesehen werden, eine ‚schwarze Liste‘ mit den Namen derjenigen Personen zusammenzustellen, die nicht mehr auf Straßenschildern vertreten sein dürfen. Gleichwohl ist auch deutlich geworden, dass sich die Historiker im Spannungsfeld von Forschung und aktuellen, geschichtspolitischen Debatten einer eigenen Einschätzung nicht entziehen dürfen.

Konferenzübersicht:

Wolfgang Kirsch, Bernd Walter (Münster): Begrüßung und Eröffnung

Rainer Pöppinghege (Paderborn): Politik per Stadtplan. Zur Erinnerungsfunktion von Straßennamen

Marcus Weidner (Münster): „Wir beantragen... unverzüglich umzubenenen.“ Straßenumbenennungen in Westfalen und Lippe im Nationalsozialismus und der Nachkriegszeit

Walter Gödden (Münster/Paderborn): Belastete westfälische Autorinnen und Autoren auf Straßenschildern. Eine quantifizierende Analyse

Karl Ditt (Münster): Karl Wagenfeld – Heimatdichter, Heimatfunktionär, Nationalsozialist?

Steffen Stadthaus (Münster): Agnes Miegel und Friedrich Castelle. Schriftsteller als Beispiel regionaler Vergangenheitspolitik

Hans-Ulrich Thamer (Münster): Hindenburg und die Stadt Münster

Rainer Pöppinghege, Marcus Weidner, Walter
Gödden, Karl Ditt, Steffen Stadthaus, Hans-
Ulrich Thamer: Abschlussdiskussion

Tagungsbericht *Fragwürdige Ehrungen!? Stra-
ßennamen als Instrument von Geschichtspolitik
und Erinnerungskultur*. 12.07.2011, Münster,
in: H-Soz-u-Kult 28.09.2011.